



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Stadtrates

Datum: 23.02.2021

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Puchheimer Kulturzentrum

Ende: 20:58 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Sengl, Manfred, Dr.

Dritter Bürgermeister

Hofschuster, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

Keil, Max

Knürr, Hans

Koch, Martin

Krebs, Stefan

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Ponn, Barbara

Schneider, Dominik

Sippel, Dorothea

Strobl-Viehhauser, Sonja
 von Hagen, Michaela
 Wiesner, Marga
 Winberger, Lydia
 Wirth, Wolfgang
 Wuschig, Wolfgang
 Zöllner, Rainer

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
 Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Wipiejewski, Isabell

Verwaltung

Dinkelmaier, Judith

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Arnold, Anja	entschuldigt
Horn, Gudrun, Dr.	entschuldigt
Kamleiter, Karin	entschuldigt
Peukert, Michael	entschuldigt
Salcher, Thomas	entschuldigt

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung und Freigabe der Niederschrift (StR-Sitzung v. 26.1.2021)	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Änderung der Geschäftsordnung; Antrag StR Koch (FDP)	2021/0025
TOP 5	Änderung der Zusendung der Sitzungsgeldabrechnungen; Antrag StR Koch (FDP)	2021/0024
TOP 6	Einberufung einer Sparkommission; Antrag StR Koch (FDP)	2021/0033
TOP 7	Einrichtung eines Livestreams von Stadtrats- und Ausschusssitzungen - Erarbeitung eines Konzeptes - Probesitzung - weitere Debatte und Entscheidung im Rahmen der nächsten Stadtratsklausur; Antrag von StR Koch (FDP)	2021/0034
TOP 8	Dringlichkeitsantrag auf virtuelle Teilnahme an Stadtrats- und Ausschusssitzungen, Antrag von StR Koch (FDP)	2021/0035
TOP 9	Kindertagesbetreuung Entlastung Elternbeiträge Januar und Februar 2021	2021/0031
TOP 10	Erlass einer Verordnung über das Verbot der Fütterung verwilderter Tauben	2020/0141
TOP 11	Bauantrag wegen Errichtung/Erneuerung des Wasserlehrpfades (Errichtung von Infotafeln) auf den Grundstücken FINrn. 860/1, 861/4, 860, 942, 946/2, 825, 835 und 910/2, Nähe Kreutweg	2021/0028
TOP 12	Bauantrag wegen Änderung des Stellplatznachweises und Errichtung eines Imbisswagens auf dem Grundstück FINr. 1721/47 an der Boschstr. 5 (geänderte Pläne während des Genehmigungsverfahrens)	2021/0029
TOP 13	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Freigabe der Niederschrift (StR-Sitzung v. 26.1.2021)

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Stadträt:innen Arnold, Dr. Horn, Kamleiter, Peukert und Salcher seien entschuldigt. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht. Die Niederschriften der Stadtratssitzung vom 26. Januar 2021 wurden genehmigt.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Bekanntgaben gab es keine.

TOP 4 Änderung der Geschäftsordnung; Antrag StR Koch (FDP)

Der Antragsteller Stadtrat Koch legte Hintergründe zu seinem Antrag dar. Er ging auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag ein und betonte, dass es als ehrenamtlicher Stadtrat zeitlich nicht möglich sei, an allen Ausschusssitzungen teilzunehmen. Um sich dennoch umfassend auf vorbereitete Tagesordnungspunkte vorbereiten zu können, müssten entsprechende Protokolle innerhalb von zwei Wochen nach einer Ausschusssitzung den Stadträtinnen und Stadträten vorgelegt werden. Der Vorsitzende betonte, dass in jeder Stadtratssitzung ausführliche Beratungen und Rückfragen möglich seien, auch wenn Tagesordnungspunkte schon vorberaten worden seien. Die Verwaltung bemühe sich rechtsichere Protokolle so zügig wie möglich zu erstellen. Liege ein Protokoll nicht rechtzeitig vor, bestehe immer die Möglichkeit, bei der Stadtverwaltung nachzufragen. Herr Tönjes ergänzte, dass Protokolle nicht die Voraussetzung für eine Entscheidung im Stadtrat seien. Sie dienten lediglich der Dokumentation. In der Regel lägen Protokolle auch rechtzeitig vor. In sehr dringlichen Fällen könne es jedoch vorkommen, dass Entscheidungen getroffen werden müssten, ohne dass ein Protokoll vorliege. Auch seien die Inhalte der einzelnen Ausschüsse unterschiedlich komplex, was sich im für die Protokollerstellung erforderlichen Aufwand widerspiegele. Stadträtin von Hagen betonte, dass sie die Problematik verstehe, da es ihr in der vergangenen Legislaturperiode zuweilen ähnlich gegangen sei. Für eine Entscheidungsfindung sei es wichtig, den Diskussionsverlauf eines Tagesordnungspunkts zu

kennen, nicht nur das Ergebnis. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl betonte, dass es nicht praktikabel sei, einen Tagesordnungspunkt erst dann im Stadtrat zu beraten, wenn das Ausschussprotokoll genehmigt worden sei, da oftmals Monate zwischen Sitzungen lägen. Er sehe eine Holschuld bei den Mitgliedern des Gremiums, sich bei wichtigen Themen zu informieren, sei es bei den Stadtratskolleg:innen, bei der Verwaltung oder in der Stadtratssitzung. Mit einer Änderung der Geschäftsordnung würde man sich die Abläufe erschweren. Stadtrat Koch erklärte, dass er nicht beabsichtige, durch starre Regelungen die Effizienz des gemeinsamen Arbeitens zu beeinträchtigen. Stadtrat Leone verwies auf die Beschlussvorlagen, die so aufbereitet seien, dass man sich in der Regel ein gutes Bild der Gesamtlage machen könne. Alternativ bestünde die Möglichkeit, sich die Informationen bei den anderen Stadträtinnen und Stadträten einzuholen. Der Vorsitzende ergänzte, dass er auch für Auskünfte zur Verfügung stehe. Er bat um Abstimmung.

Beschluss

Die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Puchheim vom 19.05.2020 ist so zu ändern, dass Beschlussvorschläge vorberatender Ausschüsse i.S.d. § 8 (1) GeschO und Beschlussvorschläge bzw. Beschlüsse beschließender Ausschüsse i.S.d. § 8 (2) GeschO, welche die Kompetenzen der beschließenden Ausschüsse nach § 9 GeschO übersteigen und daher nochmals dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden müssen, erst auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung i.S.d. § 22 GeschO gesetzt werden dürfen, wenn das Protokoll des jeweiligen Ausschusses vorliegt. Die Verwaltung arbeitet die beschriebenen Änderungen in eine Neufassung der Geschäftsordnung ein und legt diese dem Stadtrat zur Abstimmung vor.

Abstimmungsergebnis: Ja 1 Nein 25 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 5 Änderung der Zusendung der Sitzungsgeldabrechnungen; Antrag StR Koch (FDP)

Der Antragsteller Stadtrat Koch erläuterte Hintergründe zu seinem Antrag. Er berichtete, dass die Verwaltung nach Antragstellung eine praktikable Lösung für den Versand der Sitzungsgeldabrechnungen gefunden habe. Daher werde er den Antrag zurückziehen. Stadtrat Hoiß betonte, dass er das Anliegen nachvollziehen könne, dass aber der Antragssteller im Internet hätte herausfinden können, dass der von ihm vorgeschlagene E-Mail-Versand sehr hohe rechtliche Hürden mit sich bringe, welche nur mit sehr hohem finanziellen und technischen Aufwand realisierbar wären, welche die Einsparungen um ein Vielfaches überträfen. Stadtrat Leone bat darum, solche Anträge zukünftig im Dialog mit der Verwaltung zu klären, da man insbesondere in Pandemiezeiten die Stadtratssitzungen nicht unnö-

tig in die Länge ziehen wolle. Stadtrat Koch erwiderte, dass er auf die Verwaltung zugegangen sei, aber keine Reaktion erhalten habe. Stadtrat Knürr betonte, dass dies nicht seinen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung entspreche.

Der Antragsteller zog den Antrag zurück.

TOP 6 Einberufung einer Sparkommission; Antrag StR Koch (FDP)

Der Antragsteller Stadtrat Koch legt Hintergründe zu seinem Antrag dar. Dritter Bürgermeister Hofschuster erklärte, dass es mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss und dem Rechnungsprüfungsausschuss bereits zwei Gremien gebe, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten. Ein weiteres Gremium schaffe zusätzliche Arbeitsbelastung und Organisationsstrukturen zu Lasten der Effizienz und Transparenz. Man habe sich im Gremium bereits darauf verständigt, dass zur Beratung der prekären Finanzlage eine Klausur stattfinden werde. Stadträtin Gigliotti betonte, dass die Verwaltung stets ausführlich über finanzielle Themen berichte, komplexe Themen erkläre und für Fragen zur Verfügung stehe. Der Vorsitzende führte aus, dass die Schaffung eines solchen Parallelgremiums demokratisch nicht legitimiert sei, da dort der Proporz des Stadtrates nicht abgebildet werde. Zusätzlich zu den beiden bestehenden Ausschüssen gebe es darüber hinaus den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband, der die Finanzen der Stadt regelmäßig überprüfe und dem man Rechenschaft ablegen müsse. Stadtrat Koch betonte, dass er in der Sparkommission eine Unterstützungsfunktion für die Verwaltung sehe. Es gehe ihm dabei vor allem um notwendige politische Prioritätensetzung und mehr Mitarbeit der Stadträtinnen und Stadträten in Finanzfragen. Stadtrat Leone merkte an, dass die Fülle der von Stadtrat Koch gestellten Anträge einer effizienten Stadtratsarbeit nicht dienlich sei. Es sei auch nicht konsequent, Sparsamkeit einzufordern und gleichzeitig zahlreiche Haushaltsanträge in großem Finanzvolumen einzureichen. Dritter Bürgermeister Hofschuster betonte, dass der Stadtrat sich an dem verabredeten Klausurtermin gut vorbereitet, konstruktiv und mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein der Thematik widmen werde.

Der Antragsteller zog den Antrag zurück.

TOP 7 Einrichtung eines Livestreams von Stadtrats- und Ausschusssitzungen - Erarbeitung eines Konzeptes - Probesitzung - weitere Debatte und Entscheidung im Rahmen der nächsten Stadtratsklausur; Antrag von StR Koch (FDP)

Stadträtin Gigliotti stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung des Tagesordnungspunktes. Im Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 14. Dezember 2020 sei bereits beschlossen worden, das Thema im Rahmen einer Stadtratsklausur zu beraten. Stadtrat Koch betonte, dass ihm dieser Beschluss bekannt sei. Er sei jedoch der Meinung, dass im Vorfeld der geplanten Klausur und zur Vorbereitung der Entscheidung eine Probesitzung stattfinden müsse. Der Vorsitzende bat um Abstimmung des Antrags zur Geschäftsordnung.

Beschluss

Der Tagesordnungspunkt 7 „Einrichtung eines Livestreams von Stadtrats- und Ausschusssitzungen - Erarbeitung eines Konzeptes - Probesitzung - weitere Debatte und Entscheidung im Rahmen der nächsten Stadtratsklausur; Antrag von StR Koch (FDP)“ wird nicht behandelt.

Abstimmungsergebnis: Ja 24 Nein 2 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 8 Dringlichkeitsantrag auf virtuelle Teilnahme an Stadtrats- und Ausschusssitzungen, Antrag von StR Koch (FDP)

Stadtrat Keil bat den Antragsteller Stadtrat Koch darum, den Antrag zurückzustellen, da in diesem Zusammenhang noch keine rechtlichen Grundlagen vorlägen. Der Vorsitzende erklärte, dass dies kein Antrag zur Geschäftsordnung sei und erteilte dem Antragsteller das Wort. Stadtrat Koch erläuterte, dass man mit der Vorbereitung von Digitalisierungsmaßnahmen rechtzeitig beginnen müsse. Da jedoch noch zu viele Fragen offen seien und die gesetzliche Grundlage nicht gegeben sei, ziehe er den Antrag zurück.

Der Antragsteller zog den Antrag zurück.

TOP 9 Kindertagesbetreuung Entlastung Elternbeiträge Januar und Februar 2021

Herr Tönjes erläuterte Hintergründe zum Tagesordnungspunkt. Er erklärte, dass das dargelegte Subventionierungsmodell vom Ministerrat nun auch für den Monat März beschlossen worden sei. Man schlage daher vor, dass der Stadtrat in diesem Beschluss auch die Erstattung der März-Beiträge berücksichtigen solle. Der Beschlussvorschlag müsse im Punkt 1 entsprechend erweitert werden. Der dafür veranschlagte Finanzrahmen betrage jeweils 25.000 Euro für Januar und Februar sowie weitere

12.500 Euro für den Monat März. Hier rechne man aufgrund der Öffnungen mit einer niedrigeren Summe. Die Stadt werde darüber hinaus bei den Trägern eventuell entstehende Defizite ausgleichen. Er kritisierte, dass der Freistaat mit einer großen Selbstverständlichkeit über kommunale Gelder entscheide, bat aber um Zustimmung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Stadträtin Dr. Mathes äußerte ihre Zustimmung zum vorgelegten Beschluss zur Entlastung der Eltern und der Träger. Sie ergänzte, dass sie den Monat März nicht so optimistisch einschätze und mit weiteren Schließungen rechne. Herr Heitmeir zeigte sich verärgert über die Vorgehensweise der Staatsregierung. Die Kommunen seien ohnehin in finanziellen Schwierigkeiten und müssten sich letztendlich das fehlende Geld wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern holen, die man nun entlaste. Stadträtin Winberger schloss sich der Kritik an der Staatsregierung an. Dennoch müsse man die ohnehin schon hochbelasteten Eltern finanziell entlasten. Sie erkundigte sich, warum der Defizitausgleich für die Träger extra beschlossen werden müsse. Herr Tönjes erklärte, dass die Defizitverträge nicht den Ausfall von Elternbeiträgen abdeckten und die Stadt somit eine zusätzliche Leistung erbringe. Stadträtin Winberger stellte fest, dass es im vergangenen Jahr keinen entsprechenden Beschluss gegeben habe und die Träger somit in diesem Zusammenhang entstandene Defizite tragen müssten, was Herr Tönjes bestätigte. Stadtrat Leone äußerte seine Verärgerung darüber, dass das Konnexitätsprinzip bei diesen Beschlüssen der Staatsregierung nicht beachtet worden sei. Der Vorsitzende erklärte, dass er im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags die Regelung und die Vorgehensweise ausdrücklich gerügt habe. Allerdings habe man ihm zu verstehen gegeben, dass die Belastung für die Kommunen ohnehin geringer ausgefallen sei, als ursprünglich geplant. Er bat darum, sich auf das Positive zu konzentrieren und ein Signal an Eltern und Träger zu senden, dass man deren Leistungen anerkenne.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung vom 26. Januar 2021 sowie vom 23. Februar 2021 zur Kenntnis, in dem Eltern und die Träger der Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflegestellen sowie der Mittagsbetreuung für die Monate Januar, Februar und März 2021 pauschal bei den Elternbeiträgen entlastet werden.
2. Der Stadtrat beschließt die Übernahme der von der Staatsregierung in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden beschlossenen Beitragsentlastung durch die Kommunen von 30 Prozent der Pauschalbeträge.
3. Der Stadtrat beschließt die Übernahme eines eventuell für den Träger entstehenden Defizits zwischen den gewährten Beitragsentlastungen und den tatsächlichen für den Träger entstandenen Kosten. Die Kosten sind für die freien und gemeinwohlorientierten Träger in einem Trägerschaftsvertrag mit der

Stadt Puchheim im Rahmen der Defizitabrechnung zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 10 Erlass einer Verordnung über das Verbot der Fütterung verwilderter Tauben

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

Beschluss

Die Stadt Puchheim erlässt die beiliegende Verordnung über das Verbot der Fütterung verwilderter Tauben.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 11 Bauantrag wegen Errichtung/Erneuerung des Wasserlehrpfades (Errichtung von Infotafeln) auf den Grundstücken FlNr. 860/1, 861/4, 860, 942, 946/2, 825, 835 und 910/2, Nähe Kreutweg

Dritter Bürgermeister Hofschuster teilte mit, dass der bestehende Wasserlehrpfad 1990 genehmigt worden sei. Dieser verlaufe von der Augsburger Straße/Ecke Kreutweg über die Felder bis zum Wasserwerk. Die vorhandenen Schaukästen sollten nun durch Informationstafeln ersetzt werden. Dabei würden sich die Standorte teilweise ändern. Zunächst werde aber nur eine Änderung des südlichen Lehrpfades im Bereich Kreutweg beantragt. Das Bauvorhaben befinde sich bauplanungsrechtlich im Außenbereich und sei nicht privilegiert nach § 35 Abs. 1 BauGB. Es könne aber als sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zugelassen werden, da öffentliche Belange nach § 35 Abs. 3 BauGB nicht beeinträchtigt werden würden und die Erschließung gesichert sei. Im Flächennutzungsplan seien die Grundstücke als Grünfläche und Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Stadträtin Strobl-Viehhauser betonte, dass der Lehrpfad zwar deutlich in die Jahre gekommen, aber didaktisch gut aufbereitet und für Familien mit Kindern nach der Erneuerung sehr empfehlenswert sei.

Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung/Erneuerung des Wasserlehrpfades einschließlich der

Aufstellung von Informationstafeln wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 0 Anwesend 25 Befangen 0

TOP 12 Bauantrag wegen Änderung des Stellplatznachweises und Errichtung eines Imbisswagens auf dem Grundstück FINr. 1721/47 an der Boschstr. 5 (geänderte Pläne während des Genehmigungsverfahrens)

Dritter Bürgermeister Hofschuster erklärte, dass es sich hierbei um eine Änderungsplanung während des Genehmigungsverfahrens handle. Der Bauausschuss habe in der Sitzung vom 13. Oktober 2020 für die Errichtung des Imbisswagens eine Befreiung wegen Überschreitung der Baugrenze erteilt. Er verwies hierzu auf den entsprechenden Beschlussbuchauszug. Das Landratsamt habe nun festgestellt, dass der Standort direkt am Gebäude unterhalb der Fenster aus brandschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sei, weshalb nun eine Lageänderung des Imbisswagens beantragt werde. Es liege eine weitere Überschreitung der Baugrenze vor; der Abstand zum Gehweg betrage noch 1 Meter (vorher 3,5 Meter). Die erforderliche Befreiung sei vertretbar. Auf Nachfrage von Stadtrat Hoiß erklärte Dritter Bürgermeister Hofschuster, dass es nicht möglich sei, im Vorfeld die Beauftragung, dass keine Zeltstadt mit 60 bis 80 Sitzplätzen entstehen dürfe, in die Genehmigung mit aufzunehmen. Der Vorsitzende erklärte, dass man dies jedoch protokollarisch festhalten könne.

Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen zur Änderung des Standortes des Imbisswagens wird einschließlich der damit verbundenen Befreiung vom Bebauungsplan Nr. 30 (Baugrenze) erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

Dritter Bürgermeister Hofschuster informierte die Mitglieder des Bauausschusses über eine Mitteilung des Landratsamtes, dass den besprochenen Nutzungsänderungen bezüglich der Wohnungen im Kinderhaus 2 im Wohnpark Roggenstein nicht gefolgt werden könne auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplans. Daher müsse im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt eine entsprechende Bebauungsplanänderung behandelt werden. Es werde daher eine zeitliche Verzögerung entstehen. In der nächsten Bauausschusssitzung werde man weiter darüber berichten.

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt. Er wies auf die am 25. Februar öffentlich stattfindende Online-Sitzung des Arbeitskreises „Mehr Beteiligung“ hin sowie auf das für den 20. März geplante Rama dama. Hierzu gebe es aufgrund der unsicheren Pandemielage noch keine konkrete Ablaufplanung. Er gab bekannt, dass die Freiwillige Feuerwehr Puchheim-Ort nun im Besitz eines neuen Löschgruppenfahrzeuges LF20 sei. Auf Nachfrage von Stadträtin Strobl-Viehhauser erläuterte Frau Wipiejewski von der Stadtverwaltung, dass die von den Stadträtinnen und Stadträten erbetenen Steckbriefe als Information für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung im städtischen Intranet gedacht seien. Stadtrat Hoiß bat um einen Bericht zum städtischen Hausmeisterservice, da ihm diesbezüglich keine Einzelheiten bekannt seien. Der Vorsitzende sagte zu, dass man einen entsprechenden Bericht vorbereiten werde. Stadtrat Wuschig äußerte seine Unzufriedenheit in Bezug auf die Verkehrssituation auf der Alten Bahnhofstraße. Er habe den Eindruck, dass seit der Ausweisung als Fahrradstraße mehr Autos unterwegs seien als zuvor. Er sehe diesbezüglich Handlungsbedarf und bat die Verwaltung um einen Bericht zum aktuellen Status, insbesondere hinsichtlich der ausgestellten Ausnahmegenehmigungen. Stadtrat Hoiß ergänzte, dass viele PKW-Fahrende auch ohne Ausnahmegenehmigung die Straße nutzten. Stadtrat Heil pflichtete den beiden Vorrednern bei und betonte, dass auf der Alten Bahnhofstraße auch häufig zu schnell gefahren werde. Er schlug vor, dass Ausnahmegenehmigungen zukünftig verpflichtend sichtbar an der Windschutzscheibe angebracht werden sollten, so dass sie von weitem zu erkennen seien. Der Vorsitzende bestätigte, dass auch er die Situation als nicht zufriedenstellend empfinde, allerdings seien die Interessenslagen in diesem Zusammenhang sehr unterschiedlich. Auf die Nachfrage von Stadtrat Honold erklärte Herr Heitmeir, dass die Bibliothek am 1. März wieder mit Click & Collect starten werde.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche 10. Sitzung des Stadtrates um 20:58 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Isabell Wipiejewski

Erster Bürgermeister